

Aleksandra Sowa im Gespräch mit Björn Böhning

Man kann im Internet wenige Wahlen gewinnen, aber viele verlieren

Über die Rolle des Internets im Wahlkampf, Möglichkeiten, die Werte Freiheit und Sicherheit im Netz in Einklang zu bringen, und neue Formen der Selbstregulierung sprach Aleksandra Sowa mit dem (Netz)Politiker Björn Böhning, Mitglied im SPD-Bundesvorstand und Chef der Berliner Senatskanzlei.

Aleksandra Sowa: Zwischen Freiheit und Sicherheit besteht ein Spannungsverhältnis, auch und vor allem im Internet. Ist hier ein Kompromiss möglich? Und müsste bei der SPD die Freiheit nicht klar vor der Sicherheit stehen?

Björn Böhning: Als Wert auf jeden Fall. Das Internet erhöht ja gerade die Potenziale für mehr Emanzipation und mehr Freiheit, für mehr Beteiligung an der Gesellschaft, an Demokratie, an Bildung. All jene Dinge, nach denen wir Sozialdemokraten streben. Dieses Potenzial muss man erhalten und schützen. Ich glaube, dass es die große Aufgabe der Sozialdemokratie ist, zwischen den Polen Freiheit und Sicherheit zu vermitteln; und das auf eine neue Art und Weise der politischen Gestaltung. Wir sind gewohnt, dass wir Regeln im Bundestag oder in anderen Parlamenten beschließen, die dann auch gelten und eingehalten werden müssen. Im Internet ist das vielleicht etwas amorpher und auch das Verständnis von Freiheit ist individueller, weniger kollektiv.

Sowa: Für die SPD ist das klar. Aber Sie sind ja auch Netzpolitiker. Wie stehen Sie zu diesen Themen?

Böhning: Die Netzpolitik insgesamt wehrt sich natürlich massiv gegen eine zu starke Regulierung im Internet, sei sie staatlicher oder ökonomischer Art. Da gibt es große

Vorbehalte, weil das Internet auch ein Feld für die Durchsetzung von Interessen ist. Ich bin nicht der Meinung, dass wir keine Regeln oder Normen brauchen. Gerade der aktuelle Streit um die Regulierung der Internettarife zum Erhalt der Netzneutralität macht dies deutlich. Wir stehen aber vor der Aufgabe, auf eine andere Art und Weise als bisher Recht zu setzen.

Sowa: Welche Rolle spielen heute netzpolitische Themen und das Internet allgemein im Wahlkampf? Also nicht die Themen und Inhalte, sondern das Medium selbst. Ist es zu einer Art Modernitätssignal verkommen? Oder ist es nur ein Kostenfaktor?

Böhning: Das Wesen des Internets besteht leider auch in der Skandalisierung bestimmter Themen. Durch die Schnelligkeit des Mediums können sich einige Themen rasant entwickeln; durch die Ausdünnung der Redaktionen bei den Zeitungen und Agenturen werden dann Inhalte aus dem Netz unhinterfragt übernommen.

Die Gatekeeperfunktion des klassischen Journalisten, der erst einmal abgewartet hat, ob ein Thema sich überhaupt entwickelt oder eine Relevanz hat, gibt es eigentlich heute nicht mehr. Das Internet hat diese Funktion komplett übernommen. Das heißt, wenn etwas bei Twitter hochpoppt, kommt es evtl. später bei *Spiegel Online* auf die Startseite – und dann ist das

ein Thema, obwohl es eigentlich vielleicht gar nicht relevant und am nächsten Tag auch wieder verschwunden ist. Dadurch kann heute jedes Thema innerhalb kürzerer Zeit eine wahlentscheidende Komponente werden. Ganz aktuell sehe ich das z.B. beim Thema Netzneutralität. Das hat absolut Sprengpotenzial für alle Parteien. Und alle Urheberrechtsfragen haben im Prinzip diese Relevanz für den Wahlkampf.

Sowa: Kann man immer noch über das Internet – mit Twitter, Facebook oder Blogs – neue Sympathisanten, neue Wähler gewinnen?

Böhning: In Bezug auf die Mobilisierung sage ich immer: Man kann im Internet wenige Wahlen gewinnen aber viele verlieren. Man kann durch unklares Verhalten oder durch schwierige Parteinahme für bestimmte Positionen sehr schnell zu einer Art Off-Kategorie im Netz werden. Das Internet und die Netzpolitik in Deutschland sind sehr stark von wenigen Personen abhängig. Das macht man sich oftmals gar nicht so klar. Es gibt eine Handvoll Leute, vielleicht ein Dutzend, die sich netzpolitisch engagieren und eine sehr starke Stimme für das Netz haben. Wenn man die nicht überzeugt oder zumindest mit im Bündnis hat, dann hat man erhebliche Probleme bei der Wahlkampf mobilisierung.

Sowa: Barack Obama ist sehr aktiv im Netz, vor allem während des Präsidentschaftswahlkampfes hat er YouTube, Twitter und Facebook intensiv genutzt. Warum ist das im Wahlkampf 2013 in Deutschland anders?

Böhning: Mein Rat an politische Parteiakteure ist immer, die Medien so einzusetzen, wie es glaubwürdig ist und wie es auch in die Kampagne passt. Unserem Kanzlerkandidaten habe ich geraten, dass er glaubwürdig alle Distributionswege auch des Internets nutzt. Er muss aber nicht so tun, als wäre er von heute auf morgen ein In-

ternet-Nerd. Würde er jetzt wie wild anfangen zu twittern, wäre das nicht glaubwürdig. Alle würden denken: Das macht der jetzt drei Monate vor der Wahl und danach schaltet der das ab.

Insofern wären ein moderner Auftritt und die Nutzung der Kanäle für die Mobilisierung entscheidend. Ich widerspreche aber dem Vergleich mit den USA aus zwei Gründen: Erstens ist die Medienlandschaft in den USA sehr stark von digitalen Medien geprägt, weil es die klassischen Zeitungen in der Form eigentlich gar nicht mehr gibt – außer vielleicht in Washington. Die Voraussetzungen sind dort ganz andere als hierzulande, z.B. auch hinsichtlich der Struktur des Rundfunks.

Zweitens würde niemand in Deutschland – und wahrscheinlich niemand in ganz Europa – das zulassen, was für Obama und für die US-amerikanischen Wahlkämpfe insgesamt Internetwahlkampf heißt. Nämlich: Personendaten sammeln und mit anderen Merkmalen wie Wohnort, Geschlecht, Neigungen, Lebensentwürfen etc. verknüpfen. Die Amerikaner haben damit überhaupt kein Problem. So twittert Obama zwar, aber in Wirklichkeit sammelt er Daten von seinen Nutzerinnen und Nutzern, um an ganz spezifische Wählerinformationen zu gelangen, die bei der Aktivierung von potenziell demokratischen Wählern hilfreich sein könnten. Das ist US-Wahlkampf und das will in Deutschland mit Verweis auf den Datenschutz niemand.

Sowa: Datenschutz ist ein gutes Stichwort. Miriam Meckel schreibt in ihrem Buch *NEXT*: »Datenschutz (...), lächerlich. Als ob die Daten jeweils bedroht gewesen wären. Menschenrecht hätte es heißen müssen.« Die jungen Menschen, die sogenannten *Digital Natives*, wachsen praktisch ohne Privatsphäre, ohne Datenschutz auf. Müsste man diese junge Generation zum Datenschutz erziehen? Und wenn ja, wessen Aufgabe wäre das? Sind die Schulen gefragt? Ist es die Politik? Muss man beson-

dere Institutionen gründen? Oder sollte man sagen: Privatsphäre ist ein Atavismus aus alten Zeiten?

Böhning: Ich glaube, dass der Datenschutz sich insgesamt verändern muss, auch in Deutschland. Er ist nämlich noch stark durch die Angst geprägt, dass der Staat oder einige wenige Unternehmen eine zentrale Strategie haben könnten, die Menschen auszuhorchen. Das klingt nach Verschwörungstheorie. Davon halte ich nicht so viel. Als Sozialdemokrat würde ich eher sagen, dass Selbstbestimmung der Wert ist, den wir befördern sollten. Ich glaube nämlich, dass die Logiken und auch die Strukturen heute andere sind. Vielleicht liegt das auch an meinem Grundvertrauen in die Demokratie. Wir brauchen einen Datenschutz, der digital verträglich ist, der also dafür sorgt, dass personenbezogene Daten nicht mit anderen Daten verknüpft werden und

dass jeder selbst bestimmen kann, welche Daten er von sich preisgeben will.

Darin besteht die große Herausforderung, gerade in Bezug auf die sozialen Netzwerke. Man muss über allgemeine Geschäftsbedingungen, über europäische Regelungen, über Transparenzregeln etc. deutlich machen, dass jeder Bürger und jede Bürgerin selbst entscheiden kann, welche Daten freigegeben werden. Das ist Selbstbestimmung. Aber so weit sind wir eben noch nicht. Wir wissen nicht, was bei Facebook verknüpft wird, es gibt keine Transparenzregeln für soziale Netzwerke oder Suchplattformen. Wir wissen nicht, welche Daten wirklich von uns gesammelt werden und wir haben nach wie vor keine einheitlichen Regelungen über Geschäftsbedingungen. Diese sollten sich erst einmal daran orientieren, eine möglichst geringe Datenpreisgabe zu gewährleisten. Das zu garantieren ist Aufgabe der Datenschützer.

Weil heutzutage junge Menschen damit aufwachsen, dass Kommunikation nicht mehr nur im Schulraum, in der Kita oder auf der Straße stattfindet, sondern eben im Netz, ist Facebook für sie nichts anderes als eine ganz große Freundschaftsplattform, wo man die sozialen Beziehungen lebt.

Deswegen ist es eine große Herausforderung für die Medien- und Bildungspolitik, die Medienkompetenz zu stärken, sie in die Bildungseinrichtungen zu integrieren und die Thematik in die Lehrpläne aufzunehmen. Daran arbeiten wir in Berlin. Es ist eine völlig neue Situation, weil erstmalig Schüler oder Schülerinnen von einem Thema potenziell mehr Ahnung haben als die Lehrkräfte. Deswegen entwickelt sich vielleicht auch hier ein neues partizipatives und diskursives Bildungsverständnis heraus, was ein guter Weg wäre. Hierbei geht es oft weniger um das klassisch abrufbare Wissen und vielmehr um ein Bewusstsein dessen, was man tut. Welche Fotos stelle ich online? Welche Kommentare gebe ich ab? Welche persönlichen Informationen tue ich kund? Dies sind Fragen,

die sich viele Internetnutzer, vor allem jüngere, nicht stellen. Das muss sich ändern.

Sowa: Facebook, Google und andere sind bekannt dafür, große Datenmengen zu erfassen und sie miteinander zu verknüpfen bzw. weiterzugeben oder zu verkaufen. Die Strafen für einen solchen Missbrauch stellen aber auf der anderen Seite eigentlich keine große Abschreckung mehr dar. Wie könnte man dieses Problem in der Zukunft besser angehen?

Böhning: Bevor wir über Strafen und dergleichen reden, müssten wir erst einmal die Grundvoraussetzungen für einen allgemein verbindlichen Rechtsweg klären, nämlich dass alle Unternehmen, die ihren Sitz in Europa haben und im Internet einen bestimmten Grad an Konzentration überschreiten, auch nach europäischem Recht behandelt werden dürfen. Das sieht ja auch die Datenschutzrichtlinie jetzt vor, bei welcher der Bezug auf den Standort eine Möglichkeit bietet, um eine Regelung dieser Dinge innerhalb der EU zu begründen. Warum sollte man das auch anders handhaben als z.B. im Automobilsektor? Mercedes produziert in den USA und wird nach amerikanischem Recht behandelt. Die US-Amerikaner sind mit diesen Sitzland-Regelungen übrigens überhaupt viel strikter.

Sowa: Wäre also jetzt z.B. die Europäische Kommission gefragt, um ihre eigenen Vorgaben letztendlich wirksam umzusetzen?

Böhning: Im Bereich der Datenschutz-Grundverordnung sind wir dabei das durchzusetzen, gegen erhebliche Widerstände, weil natürlich einige wenige Internetunternehmen sehr stark mit dem Argument der Freiheit des Netzes argumentieren. Dabei nutzen sie dieses Argument für ihre eigene wirtschaftliche Freiheit. Deswegen kann ich die Kommission und das Parlament auch nur unterstützen und ermutigen, hier konsequente Schritte zu gehen.

Sowa: Sind Sie als Netzpolitiker bei diesen Bestrebungen engagiert?

Böhning: Wir sind engagiert als Land Berlin, über unsere Möglichkeiten der europäischen Mitbestimmung der Regionen. Wir koordinieren auch die EU-Politik der Länder mit, sodass wir da unsere Stimme erheben können und auch gehört werden. Aber das ist noch in den Kinderschuhen, weil es so etwas wie eine europäische Interessenvertretung in der Netzpolitik noch nicht gibt. Andererseits gibt es aber sehr wohl – auch finanziell – gut ausgestattete Büros interessierter Unternehmen in Brüssel.

Sowa: Die USA rüsten sich für den Cyberkrieg gegen China. Whistleblower wie Bradley Manning – Stichwort Wikileaks – erhalten verschärfte Haftbedingungen, Ed Snowden jagt man um die Welt. Hackerattacken etc. sind ein aktuelles und weitreichendes

Problem. Aus der SPD hört man dazu recht wenig. Ist das kein Thema für die SPD?

Böhning: Es ist sicherlich so, dass die internationale Vernetzung und die Struktur des Netzes, die ja auf Gegenseitigkeit, auf Knotenpunkte etc. hin orientiert ist, auch Unsicherheiten mit sich bringt und sehr anfällig ist für Angriffe. Und natürlich nutzen viele Länder das Internet, um Spionage zu betreiben; vor allem handelt es sich dabei um Wirtschaftsspionage. Das kann man nur durch den Aufbau von entsprechenden auf Cybercrime spezialisierte Verfolgungsinstitutionen und Firewall-Strukturen abwehren. Das ist eine Riesenherausforderung, weil die öffentliche Hand oftmals gar nicht die Infrastruktur und das notwendige Geld hat, und der Markt an ausgebildeten Ingenieuren in diesem Bereich klein ist. Es gibt zu wenige Fachkräfte. Und diese sind meist bei Facebook oder Google, weil sie da mindestens fünfmal so viel verdienen können wie bei der europäischen Institution gegen Cyberkriminalität. Vor dieser enormen Aufgabe steht die Abwehr von Hack-Terrorismus.

Sowa: Auf der anderen Seite werden in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern, Staatstrojaner und dergleichen programmiert und eingesetzt. Ist das dann nicht letztendlich ein Widerspruch in sich?

Böhning: Ja, die Abwehr von Cyberspionage oder -kriminalität befindet sich stets in einem Zielkonflikt zwischen mehr Sicherheit und Überwachungsstaat. Das muss eine demokratische Gesellschaft entscheiden, wie weit sie hier geht – auch das steht am 22. September zur Abstimmung. Denn der CSU-Innenminister Friedrich hat sehr weitgehende Vorstellungen zur Überwachung. Und wenn Angela Merkel den US-Präsidenten wegen seiner technischen Überwachungssysteme kritisiert, sollte sie lieber vor der eigenen Haustüre kehren.

Ich bin aber dafür, dass auch technische Spionagesysteme unter die Rüstungskontrolle fallen müssten, vor allem, wenn es um den Export in Länder geht, die diese Instrumente gegen andere Länder oder ihre eigene Bevölkerung einsetzen. Dass sich z.B. die NATO auf einer Tagung schwerpunktmäßig mit dem Thema Cyberwar beschäftigt hat, verwundert ja nicht.

Mit Blick auf Deutschland plädiere ich für einen sehr verhaltenen Umgang mit Staatstrojanern und derlei Dingen. Wir müssen diskutieren, wie der Staat und die Demokratie wehrhaft sein können, und gleichzeitig die informationelle Selbstbestimmung nicht gefährdet wird. Denn die technisch modernen Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung und Strafverfolgung braucht der Staat. Wenn sich das in bestimmten Grenzen bewegt, die parlamentarisch kontrolliert und auch datenschutzrechtlich diskutiert werden, wie wir es gerade im Land Berlin für unsere Staatstrojaner machen, dann habe ich damit gar kein Problem. Wenn diese Mittel allerdings einfach so eingesetzt und lediglich vom Innenministerium absegnet werden, dann halte ich das für falsch.

Sowa: Bei der Operation PedoChat, der Aktion von Anonymous gegen Pädophilie im Internet, haben sich im letzten Jahr die Geister in der Politik und der Öffentlichkeit ganz besonders geschieden. Denn plötzlich wurde Hacktivismus zum Teil auch in der Öffentlichkeit als eine neue Art von politischer Partizipation, von politischem Protest und politischer Aktion gesehen. Andererseits gab es starke Stimmen dagegen. Wie sehen Sie solche Aktionen?

Böhning: Das ist eine neue Form der Selbstregulierung im Internet, wo die Sozialdemokraten der Meinung sind: Regulierte Selbstregulierung ist in der Medienpolitik der richtige Weg. Warum sollten sich nicht Organisationen, Netzwerke und Engagierte im Sinne von NGOs darum bemühen,

dass diese Dinge, die allgemeinverbindlich als verächtlich gelten, bekämpft werden? Der Begriff Hacker ist zwar sehr negativ besetzt, aber teilweise sind das ja Organisationen, die Infrastrukturen aufrechterhalten. So etwa für demokratische Bewegungen in arabischen Staaten, in China und anderswo. Ohne solche Netze wäre wahrscheinlich der arabische Frühling nie möglich gewesen. Andererseits brauchen wir natürlich auch für derartige Bewegungen Normen.

Sowa: In Deutschland sind sie nach dem sogenannten Hacker-Paragrafen eigentlich unzulässig und werden demgemäß strafrechtlich verfolgt.

Böhning: Wir wissen aber auch, dass wir diesen Hacker-Paragrafen anpassen müssen. Alle Rechtsunsicherheiten müssen wir nachhaltig klären und beseitigen.

Sowa: Alexander Görlach, Co-Autor Ihres Buches *Freiheit oder Anarchie?* schreibt dort: »Die Werte in der digitalen Gesellschaft sind immaterielle Werte, Schutz der Privatsphäre, Schutz von Eigentum, Schutz von Rechten kreativer Erzeugnisse. Was man mit Gesetzen nicht regeln kann, das muss das Ethos und die Moral einer Gesellschaft regeln.« Wie könnten aber Ethos und Moral im Internet aussehen? Ich frage deshalb, weil natürlich genau diese Stichworte für fundamentalistische diktatorische Staaten ein Grund sind, das Internet oder die Freiheit im Internet zu bekämpfen.

Böhning: Durch die Tatsache, dass sich jeder, der sich ins Netz einloggen kann, dort auch bewegen und seine Inhalte einstellen oder abrufen kann, ist ein internationales Recht, wie Juristen das gerne durchsetzen würden, auf absehbare Zeit in dieser Sphäre wahrscheinlich nicht realistisch. Deswegen werden in der Tat wertgebundene Normen in der Internetregulierung eine wichtigere Rolle spielen, als wir das von anderen Politikfeldern kennen.

Ich plädiere dafür, dass wir im Rahmen der Vereinten Nationen so etwas wie eine Grundrechtscharta für das Internet auf den Weg bringen, die bestimmte Werte, die im Internet heute noch gelten – Freiheit der Bewegung, Netzneutralität, offener Zugang für alle –, festhält. Daraus könnte dann im Zuge der gemeinsamen Ratifizierung so etwas wie ein rechtlicher Rahmen in den Einzelstaaten entstehen. Das ist der Prozess, vor dem wir jetzt stehen, der aber natürlich vor allem in nicht-demokratischen Staaten auf erhebliche Widerstände stoßen wird.

Sowa: Wie weit ist dieses Konzept einer Grundrechtscharta schon gediehen? Und wie sollte es dann in die nationale Gesetzgebung einfließen? Von wem wird sie angestoßen, von wem überwacht?

Böhning: Es gibt da eine breite Diskussion, weil das Internet eine eigene Regulierung hat. *Die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* (ICANN) vergibt die Domains und die IP-Adressen und es gibt verschiedene Organisationen, die sich mit dem Internet und seiner Aufrechterhaltung auf internationaler Ebene beschäftigen. Und dann gibt es natürlich bei den Vereinten Nationen eine intensive Diskussion darüber, ob man eine UN-Organisation für das Internet benötigt. Ich glaube, dass dies eine Aufgabe der Vereinten Nationen sein sollte – neben vielen anderen großen Organisationen –, weil sie immer noch, trotz aller Reformbedarfe, die Institution mit der demokratischsten Verfassung ist und am wenigsten durch Einzelinteressen von Unternehmen oder großen Organisationen bestimmt wird. Dafür sollte sich eine internationale Internet-Bewegung stark machen. Sollte es dann in diese Richtung gehen, so wäre es natürlich notwendig, dass sich auch die Einzelstaaten oder Staatenverbünde wie die Europäische Union eine eigene Charta für das Internet gäben. In Brasilien beispielsweise gibt es bereits eine solche Internetcharta. ■